

Stellenausschreibung des Niedersächsischen Justizministeriums

In der

Geschäftsstelle des Landesbeauftragten gegen Antisemitismus und für den Schutz jüdischen Lebens

im Niedersächsischen Justizministerium ist der Arbeitsplatz einer

Referentin oder eines Referenten (m/w/d) (Leitung der Geschäftsstelle des Landesbeauftragten)

befristet vom 01.06.2021 bis zum 31.05.2022 zu besetzen.

Der Niedersächsische Landesbeauftragte gegen Antisemitismus und für den Schutz jüdischen Lebens ist zentraler Ansprechpartner der Landesregierung für die jüdischen Verbände, Sachwalter der Interessen der jüdischen Verbände in Richtung der Landesregierung sowie zentraler Ansprechpartner der Landesregierung für Bürgerinnen und Bürgern in allgemeinen und einzelfallbezogenen Fragen von Antisemitismus. Zudem entwickelt er u.a. Empfehlungen zum Umgang mit Antisemitismus in jeglicher Form und sensibilisiert für das Thema Antisemitismus insgesamt.

Der Landesbeauftragte gegen Antisemitismus und für den Schutz jüdischen Lebens, der seinerseits vorrangig in der Öffentlichkeit sowie gegenüber den Medien präsent ist, wird bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben durch die Geschäftsstelle im Niedersächsischen Justizministerium unterstützt.

Der Leiterin bzw. dem Leiter der Geschäftsstelle obliegen sowohl die administrative Leitung der Geschäftsstelle als auch die operativen Aufgaben, die zur Unterstützung des Landesbeauftragten gegen Antisemitismus und für den Schutz jüdischen Lebens erforderlich sind.

Zu den Aufgaben auf dem zu besetzenden Arbeitsplatz gehören insbesondere:

- Leitung der Geschäftsstelle des Landesbeauftragten als zentraler Ansprechpartner für die jüdischen Gemeinden Niedersachsens
- Bearbeitung von Eingaben durch Bürgerinnen und Bürger im Bereich des Antisemitismus
- Entwicklung von Strategien gegen Antisemitismus in Zusammenarbeit mit Gremien, anderen obersten Landesbehörden, Sicherheitsbehörden u.a.
- Umsetzung der entwickelten Strategien gegen Antisemitismus in Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteuren wie z.B. Kirchen, freien Trägern der Erwachsenen- und Jugendbildung, Jugendverbänden u.a.
- Begleitung von Forschungsvorhaben zum Thema Antisemitismus an Hochschulen und Universitäten
- Abfassen und Redigieren von Reden und (Presse-)Statements sowie von Handreichungen und Handlungsempfehlungen zum Thema Antisemitismus
- Vertretung des Landesbeauftragten in der Bund-Länder-Kommission Antisemitismus und in Arbeitsgruppen zum Thema Antisemitismus
- Erstellung des Jahresberichts
- Presse- und Öffentlichkeitsarbeit u.a. in Abstimmung mit den Jüdischen Verbänden, anderen obersten Landesbehörden und der Pressestelle des MJ
- Auswertung insbesondere der überregionalen Presse in Bezug auf das Thema Antisemitismus im weiteren Sinne und – darauf aufbauend – Erstellung einer entsprechenden Argumentationssammlung für Statements u. a.

Für Tarifbeschäftigte ist der Arbeitsplatz nach **Entgeltgruppe 14 TV-L** bewertet. Der Arbeitsplatz ist bedingt teilzeitgeeignet, da zeitliche Flexibilität erwartet wird.

Ihre Qualifikation:

- abgeschlossenes Studium der Politik-, Geschichts- oder Kulturwissenschaften oder vergleichbares Master-Studium
- mehrjährige einschlägige Praxiserfahrungen im Bereich der Zusammenarbeit mit den Jüdischen Gemeinden in Niedersachsen sowie zivilgesellschaftlichen Akteuren

- vertiefte Fachkenntnisse in den Themenbereichen jüdisches Leben in Deutschland und Europa, historischer und/oder gegenwärtiger Antisemitismus, Geschichte und Kultur des Judentums
- Praxiserfahrung in den Bereichen Veranstaltungsmanagement, Finanzplanung, Kulturförderung, Öffentlichkeitsarbeit, politische Bildung und im Bereich der Prävention von Antisemitismus
- sichere Kenntnisse der englischen Sprache in Wort und Schrift (Niveau: C2).

Sehr gute organisatorische, kommunikative und administrative Fähigkeiten, selbständiges Arbeiten, fundierte Methodenkompetenzen (u.a. Vorträge, Workshops), Teamkompetenz sowie ein sicheres Auftreten werden erwartet. Verwaltungserfahrung ist wünschenswert.

Es besteht eine Unterrepräsentanz von Männern. Qualifizierte Männer werden daher ausdrücklich aufgefordert, sich zu bewerben.

Schwerbehinderte Bewerberinnen bzw. Bewerber werden bei gleicher Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung nach Maßgabe der einschlägigen Vorschriften bevorzugt berücksichtigt. Auf eine Behinderung/Gleichstellung bitten wir zur Wahrung Ihrer Interessen bereits in der Bewerbung deutlich hinzuweisen.

Ihre Bewerbung richten Sie bitte **bis zum 30.04.2021** an das Niedersächsische Justizministerium, zu Händen Frau Maurischat, Referat 101, Am Waterlooplatz 1, 30169 Hannover und fügen Ihrer Bewerbung Anschreiben, Lebenslauf, Befähigungsnachweis sowie Beurteilungen/Zeugnisse bei. Bewerberinnen und Bewerber aus dem öffentlichen Dienst werden zudem gebeten, ihr schriftliches Einverständnis zur Einsichtnahme in die Personalakte zu erteilen.

Bewerbungen sind auch per E-Mail möglich. Bitte senden Sie Ihre vollständigen Unterlagen (Datei im pdf-Format) unter Angabe des Geschäftszeichens **2500 I HB – 101.7/21** an MJH-Bewerbungen@mj.niedersachsen.de.

Informationen zum Datenschutz im Bewerbungsverfahren finden Sie auf der Internetseite des MJ unter

http://www.mj.niedersachsen.de/startseite/service/informationspflichten_nach_der_datenschutzgrundverordnung/datenschutzerklarungen-187333.html.

Fachliche Fragen zum ausgeschriebenen Arbeitsplatz richten Sie bitte an Herrn Dr. Schwegel (Tel. 0511/120 8712). Telefonische Informationen zum Ablauf des Bewerbungsverfahrens erhalten Sie bei Frau Maurischat (Tel. 0511/1205134). Weitere Informationen über freie Stellen und Ausbildungsplatzangebote beim Land Niedersachsen finden Sie unter www.karriere.niedersachsen.de.